

BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Ulrich Huber



BLICKPUNKT Nr. 02

Januar 2011

Jahrgang 40

Tiefbahnhof „S21plus“ verhindern

Protestbewegung in Stuttgart geht weiter

"Besser als nix" meinte der Grünen-Stadtrat Wölfler, als Heiner Geißler sein "Weiter so" am Ende der "Schlichtung" am 30. November verkündete. In den "Schlichtungsrunden" ging es den Herrschenden nie um das bessere Konzept, sondern nur darum, wie lässt sich das Misstrauen der Bürger gegen die undurchsichtigen Entscheidungen derer da oben kanalisieren. Trotz aller Verschleierung und der Vorenthaltung von Informationen, es ließ sich nicht verbergen: der Tiefbahnhof ist unvernünftig, teuer, nicht leistungsfähig und widerspricht allen Ansprüchen einer nachhaltigen und ökologischen Verkehrs- und Stadtpolitik.

Börsenbahn statt Bürgerbahn

Wie bei der Verkehrspolitik im ganzen Land, ging es Politik und Bahn auch in Stuttgart nie um das, was den Menschen nutzt, sondern um die Frage, wie lassen sich die Gewinne privatisieren. Spätestens seit der Änderung des Grundgesetzartikels 87, im Jahr 1993 von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen, gemeinsam gegen die Stimmen der PDS beschlossen, ist offensichtlich, wohin die Bahn fährt - Börsenbahn statt Bürgerbahn. Nachdem vor 130 Jahren die Eisenbahnen gegen fürstliche Entschädigung der Eisenbahnkönige verstaatlicht worden sind, verfügte der Staat nicht nur über die Bahn, sondern auch über ein im-

menses Grundstücksvermögen in allen Ballungsräumen. Diese Vermögenswerte sind über anderthalb Jahr-



hunderte von den Fahrgästen, den Eisenbahnern und durch Steuermittel geschaffen worden.

Bahnflächen werden entdeckt

Dazu passt, dass 1993 nicht nur durch die Grundgesetzänderung die Basis für die Bahnprivatisierung geschaffen wird. Kurz danach wollen angeblich der Bahnvorstand Dürr zusammen mit dem Ministerpräsidenten Teufel, dem damaligen Verkehrsminister Wissmann und Manfred

Rommel bei einem Hubschrauberflug die 100 Hektar Bahnfläche in Stuttgart entdeckt haben. Diese werden frei, wenn der Bahnhof vergraben wird.

Bahnvermögen als Spekulationsobjekt

Bereits im Jahr 1993 teilte die Deutsche Bahn mit, dass sie sich aus den Bahnhöfen zurückziehen wird. Fahrkartenschalter und Reisezentren würde die Bahn dann zurück mieten. Der Kopfbahnhof Leipzig sollte das neue Pilotprojekt für die Bahn 21 werden. Eigentümer des Leipziger Bahnhofs ist ein geschlossener Fonds der Deutschen Bank. Der Leipziger Bahnhof wird von einer ECE-Gesellschaft betrieben. Diese Gesellschaft ist eine Tochter des Otto Versandhauskonzerns. Die ECE, einer der größten europäischen Immobilienkonzerne, spielt auch bei S21 eine wichtige Rolle. In den nächsten Jahren soll neben dem Büchergefängnis (Spotname der Stuttgarter für die "Bibliothek des 21. Jahrhunderts", die das Glanzstück des Stuttgarter Europaviertels werden soll) auch ein riesiges Einkaufszentrum errichtet werden. Nicht umsonst waren OB Schuster und die Verkehrsministerin Göñner bis vor kurzem Berater für diese Firma. Die Hilfe von Schuster geht soweit, dass er dem an der propagierten Bahnmagistrale Paris-Bratislava liegenden Einkaufs-

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

zentrum, entgegen den Vorstellungen des Gemeinderates, statt 1.250 Parkplätze rund 400 mehr genehmigt hat. Er wird wissen, dass der Tiefbahnhof doch nicht so leistungsfähig sein wird, wie sie es uns weismachen wollen.

Exemplarisch sei nur der Verkauf des bahneigenen Fernsprechnetzes an die Mannesmann AG 1997 erwähnt. Zur gleichen Zeit, wen wundert's, war der bereits erwähnte Bahnvorstand Heinz Dürr auch Aufsichtsratsvorsitzender bei Mannesmann. Das Fernsprechnetzwurde für schlappe 800 Mio. DM verkauft, um es dann für bis zu 1,2 Mrd. DM jährlich zurück zu mieten, bis die Bahn es 2002 nunmehr unter Mehdorn (jetzt Berater für Verkehrsprojekte für den Wertpapierhändler Morgan Stanley!) für 2,5 Mrd. DM von Vodafone wieder zurückkaufte. Fürwahr ein tolles



Heidenheimer Schwabenstreich
Mitte: DKP Stadtrat Reinhard Püschel

Nepper, Schlepper, Bauernfänger

Die Tricks in Stuttgart sind kein Sonderfall bei der Verschleuderung öffentlichen Vermögens, sondern bundesdeutscher Standard. Bemerkenswert ist lediglich die Monstrosität.

Bei öffentlichen Projekten wird mit mindestens 2 Prozent Schmiergeldern, legitimiert als Aufsichts- und Beiratsvergütungen, Spenden und dergleichen gerechnet. Bei 10 Milliarden Euro Bausumme kommt mit 200 Millionen ein nettes Taschengeld für die "Helfer" zusammen.

bürgerlichen Parteien vertreten die Interessen der Herrschenden und das sind immer noch die Banken und Konzerne. Wenn wir etwas ändern wollen, dann müssen wir aus dem Kampf gegen S21 lernen. Entdecken wir unsere Macht und entscheiden wir selbst, wie wir leben und arbeiten wollen. Durch solidarischen Widerstand auf der Straße, durch Organisation in Betrieb, Schule und Uni und durch unser Mitwirken in Gewerkschaften und Bewegungen können wir uns einmischen und etwas verändern. Setzen wir mehr direkte Demokratie

durch, solidarisieren wir uns mit den Kämpfen anderer. Wehren wir uns gegen die Beschränkung demokratischer Rechte, wie der Verschärfung des Demonstrationsrechtes in Baden-Württemberg. Und vor allem; lassen wir uns nicht spalten. Wir sind mehr und wir sind im Recht. Für unsere Zukunft - Kapitalismus überwinden.

Aus „Stuttgart links“
Zeitung der DKP Kreis Stuttgart Dez. 2010



Hatzinger Karikatur
HNP 10/2010

Gedenkveranstaltung zum 20. Jahrestag der deutschen Einheit

Geschäft für eine ökonomisch wirtschaftende Bahn. Um der Bahn restlos den Garaus zu machen, haben CDU/CSU und FDP im Koalitionsvertrag vereinbart, dass das Personenverkehrsförderungsgesetz geändert werden soll. Durch flächen deckende Zulassung von Fernbuslinien sollen nach dem System der US-amerikanischen Greyhounds mit im Schnitt 30 bis 40 Prozent billigeren Tickets die Fahrpreise der Bahn im Fernverkehr unterboten werden. Für die Bushersteller Daimler und MAN eröffnen sich neue Absatzfelder.

Zeit sich zu wehren

Die Massenbewegung gegen S21 zeigt, dass Widerstand erfolgreich sein kann, wenn er solidarisch und über Parteigrenzen hinaus organisiert wird. Denn nicht nur in Stuttgart werden die Interessen der breiten Bevölkerung ignoriert: Sozialabbau, Kriege in aller Welt, Beschneidung demokratischer Rechte und Raubbau an der Natur.

Die Verantwortung für unsere Gesellschaft dürfen wir nicht den Parteien überlassen, indem wir alle 4 bis 5 Jahre ein Kreuzchen machen. Die



Demonstrant fast blind

Stuttgart. Der beim Wasserwerfereinsatz vom 30. September 2010 im Stuttgarter Schlossgarten schwer an den Augen verletzte Demonstrant ist nahezu erblindet. Auf einem Auge könne er gar nichts mehr sehen, auf dem anderen habe er noch eine Sehfähigkeit von acht Prozent, sagte er dem „Stern“. Der 66-jährige, dessen Bild um die Welt ging, sagte, er habe damit gerechnet, durch den Strahl nass zu werden, „aber nicht, dass ich blind geschossen werde“.



Aus HNP 29.12.2010